



Partei Vorstand die Sonderbündeltheoretisch verurteilt hat, bereits zum zweitenmale die Buchdrucker-Wacht, das Organ der Sonderbündler, ihrer Stadtauflage beilegt und damit in der Praktik ausdrückt, was ein sozialdemokratisches Blatt von der Bedeutung einer Willenserklärung der sozialdemokratischen Parteileitung hält. Zu seiner Broschüre bezeichnet der sozialdemokratische Parteivorstand sich als die „zuständigste Stelle“ in der Partei, zuständig für den, der zufälligerweise der gleichen Meinung ist, aber sonst macht jeder was er will. Das ist die vielgerühmte „Disziplin“ in der Partei. Zunächst hätte der Vorwärts guten Grund, statt sich an seine „französischen Parteifreunde“ zu wenden, bei seinen deutschen Parteifreunden anzuklopfen, um diese zu veranlassen, die im Namen der Sozialdemokratie provozierte „Zerfleischung der Arbeiter“ aus der Welt zu schaffen. So aber läßt man ruhig geschehen, daß die 239 Mann „starke“ große deutsche „Zentral“-Organisation der Buchdrucker-Streikbrecher namens der Sozialdemokratie zum Kampfe gegen die neutralen, unpolitischen Gewerkschaften auffordert und daß sozialdemokratische Blätter diesen Kampf unterstützen.

Damit kommt man zu keinem andern Ziele als zu dem erbitterter Kämpfe in der Arbeiterschaft, die mit einer phrasenologischen Verumpfung der Arbeiterschaft gleichbedeutend sind. Die Kosten dieser Kämpfe wird allerdings die politische Partei zu tragen haben, denn die neutrale Gewerkschaftsbewegung wird in ihrer Entwicklung nur gehemmt, aber nicht gehindert werden können. Das leuchtet heute bereits einzelnen Führern in der Sozialdemokratie ein; deshalb, und nur deshalb, nehmen sie eine duldbare Stellung der neutralen Gewerkschaftsbewegung gegenüber ein. Läßt man aber die als Sturmbock der Sozialdemokratie sich gebenden Sonderbündler weiter wirtschaften, dann werden auch solche Fälle in Deutschland häufiger werden, wie wir sie in Nr. 149 von 1900 bereits aus Amerika konstatiert haben. Wir wollen der Vollständigkeit halber noch einmal darauf zurückkommen. Bei der letzten Präsidentschaftswahl bekämpften sich die beiden sozialistischen Gruppen Amerikas und zu dieser Zerplitterung schrieb die sozialdemokratische Sächsische Arbeiterzeitung:

„Diese Fraktion spaltete sich bekanntlich ab, weil die Mehrheit der amerikanischen Sozialisten sich nicht zum rechtschickseligen Bekämpfen der unpolitischen Gewerkschaften und zur Gründung sozialistischer Gegen-Gewerkschaften verstehen wollte. Die Sozialistische Arbeiterpartei aber hat sich in diese verfehlte Taktik immer wüthender verbißen und hat sich sogar verleiten lassen, bei einem Streik in New York, der von den unpolitischen Gewerkschaften ausging, durch ihre sozialistische Gegen-Gewerkschaft Streikbrecher zu liefern. Die New Yorker Volkszeitung nennt sie deshalb Stab-(Streikbrecher-)Gesellschaft und jubelt darüber, daß die Stabilitätsferanten bei der Wahl den verdienten Lohn erhalten haben.“

Sind wir nach den neuesten Erfahrungen in Deutschland denn gar so weit von solchen Vorgängen entfernt oder haben wir sie nicht bereits überholt? Bei uns ist der Streikbruch im Interesse der sozialdemokratischen Partei bereits offiziell gutgeheißen. Vorausichtlich wird nun System in diese Sache gebracht werden, damit derselbe Leute auch von dem Schatten eines Verdachtes befreit werden, als ob sie nicht aus den edelsten Motiven heraus gehandelt hätten.

Bereits kommt eine neue Nachricht, daß auch andere Berufe in Deutschland mit zielbewußten Streikbrechern zu rechnen haben. So lesen wir im sozialdemokratischen Lübecker Volksboten vom 19. Februar 1901:

„Die Hamburger Maurer verlangen den Ausschluß der ‚arbeitwilligen‘ Affordmurer aus der Partei, da durch deren Bestrebungen die nahe bevorstehende Einführung der neunstündigen Arbeitszeit mit entsprechender Lohnherabsetzung in weite Ferne gerückt werde. Das Verlangen muß schon im Interesse der Disziplin als vollkaff berechtigt bezeichnet werden. Wer in seiner Gewerkschaft seinen eignen Weg gehen zu dürfen glaubt, wird es in der Partei schließlich ebenso machen!“

Das Unternehmertum kann sich beruhigen, seine Interessen werden von den radikalsten Genossen

hefter als von ihm selbst verteidigt. Andererseits gewährt dieses Spiegelbild der internationalen Arbeiterbewegung einen so unfählich traurigen Einblick, daß wir unsere Kollegen nur wiederholten bitten können, ihr Vertrauen und ihre Hoffnung ausschließlich in die eigne Kraft zu setzen, denn gerade in der jüngsten Zeit ist es uns so augenfällig demonstriert worden, daß die Tage der Existenz unserer Organisation gezählt sein würden, wenn sie einmal aufhören würde, aus eigener Kraft das zu sein was sie ist. Hoffentlich finden die Lehren der letzten Zeit in den Kollegentreisen die notwendige Nuanwendung — auch gegen die „Sozialdemokraten der Emanzipation“!

## Korrespondenzen.

**Berlin.** (Bericht der Vereinsversammlung vom 20. Februar.) Der wichtigste Punkt der Tagesordnung bildete der etwa einstündige Vortrag des Larix-Amts-Sekretärs B. Schliebs, welcher einen Rückblick auf die verlossene Larixperiode gab und mit lebhaftem Beifalle aufgenommen wurde. Unter Vereinsmitteilungen erfolgte der Hinweis an die Druckereikassierer, das Quittieren der geleisteten Beiträge in den Büchern regelmäßig vorzunehmen, da sich bei der jetzt erfolgenden Neuausfertigung derselben verschärfte Nachlässigkeiten in dieser Richtung feststellen ließen. Zur Orientierung der auswärtigen Kollegen bei eventuellen Konditionsangeboten der Firma Merkur hierhergeführt wurde angeführt, daß dieselbe den Larix wohl bezahlt, aber nicht anerkennen will, da sie glaubt, dadurch in Abhängigkeit von den Großdruckern zu geraten. Was den seiner Zeit gefahnen Beschluß betrifft, der den in der Seperische Typographie sich ausbildenden Berliner Kollegen das Benefizium gewährt, während ihrer Lehrzeit vom Beitrage befreit zu sein, so muß derselbe verjagt werden, da sich in jener Offizin eine ordnungsgemäße Erlebung der Vereinsgeschäfte durch das fluktuierende Arbeitsverhältnis nicht ermöglichen läßt. Bei Fähring & Zahnenholz, dem Domizil der „Larixfreuen“ Gutenbergs-Bündler, wird an der Segmaschine 28 Mk. Lohn gezahlt; selbstverständlich ist der Larix auch nicht anerkannt. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Aussprache über die Beilegung der Leipziger Differenz ein (welche durch die inzwischen erschienene Broschüre des Verbandsvorstandes gebührend beleuchtet ist, so daß von einer Wiebergabe der gepflogenen Diskussion Abstand genommen werden kann). — Die zum Schluß der Verhandlungen sich entspinnde kurze Diskussion über die verlossene Larixperiode wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Essen (Ruhr).** In gleich schöner Weise wie in den Vorjahren feiert das hiesige Männerquartett Typographia auch in diesem Jahre sein drittes Stiftungsfest und zwar am 17. März, nachmittags 5 Uhr, durch Konzert, Theater und Ball. Da die Typographia unter ihrem neuen Dirigenten recht gute Fortschritte gemacht hat, werden einige recht wirkungsvolle Chöre zum Vortrage kommen. Unter anderem gelangt noch zur Aufführung das Lustspiel „Eine Kostümprobe“ sowie das Gesangsstück „Die Hummelsdorfer“ und einige Baritonsoff des Dirigenten Herrn Kloth. Wie aus Vorstehendem ersichtlich, kann den Kollegen von Essen und näherer Umgebung der Besuch dieses Festes bestens empfohlen werden.

**Halle a. S.** Der Leipziger Konflikt und die Schreibweise des Halleischen Volksblattes hierüber war ein Thema, welches die Bezirksversammlung vom 17. Februar fast ausschließlich beschäftigte. Wer das genannte Blatt seit dem Ausbruche des Konfliktes gelesen, der mußte gar bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß von demselben jede Gelegenheit wahrgenommen wurde, um nicht etwa dem „Unternehmer“ Leipziger Volkszeitung und seinen modernen Arbeitswilligen, sondern den um Recht und Prinzip kämpfenden Verbandsbuchdruckern ein auszuweichen. Bis vor kurzem waren es Aeußerungen leitender Personen im Verbands, welche genanntes Blatt seinen Lesern aufsticht, von einer sachlichen Darstellung des Konfliktes aber und den Verurtheilungen, welche zur Beilegung desselben von seiten des Verbandes unternommen, war nicht das geringste zu spüren. Jetzt geht das Halleische Volksblatt noch einen Schritt weiter. Darüber, daß man von Verbandsseite den sogenannten Vermittlungsvorschlägen der Parteileitung nicht zugehört und sich auch nicht dazu verstehen konnte, ein Duzend „Renommierverbändler“ in die Leipziger Volkszeitung zu kommandieren, herrscht im Halleischen Volksblatte schier Entsetzen über die Annahme der neutralen Buchdrucker. — Um nun endlich einen solchen Beharren ein Ziel zu setzen, welches mit Notwendigkeit dahin führen muß, die Klust, welche zwischen Buchdruckern und den anderen Arbeitern seit dem Jahre 1896 vorhanden, noch mehr zu erweitern, waren zu dieser Versammlung die Redakteure des Halleischen Volksblattes wie Kollege Engelbrecht-Leipzig eingeladen und hatten der Einladung Folge geleistet. Außerdem war noch Kollege Eichler-Leipzig erschienen. Der Vorsitzende wies einleitend darauf hin, daß es nicht notwendig sei, näher auf den Ausbruch des Konfliktes zurückzukommen; daß die Verbändler, indem sie sich mit ihren gemäßigten Kollegen solidarisch erklärten, nur ihre Schuldigkeit gethan, könne

niemand bestreiten, und selbst von hervorragenden Parteigenossen habe anerkannt werden müssen, daß sie damit nicht über das Ziel einer Handlung hinausgeschossen, welche von jeder von der Partei mit Nachdruck verteidigt worden sei. Wie deshalb ein Arbeiterblatt in dieser Sache eine den Verbandsbuchdruckern feindselige Stellung einnehmen könne, sei unbegreiflich. — Bevor noch in die Verhandlung selbst eingetreten wurde, gab Redakteur Thiele die Erklärung ab, daß er seine Anwesenheit möglich gemacht habe, um Mißverständnisse zu vermeiden, wenn er auch das Recht einer Gewerkschaft nicht anerkenne, die Redaktion vor das Forum ihrer Versammlung zu laden. Er würde sich deshalb auch nicht an der Debatte beteiligen und über die von ihm verfaßten Artikel in der Leipziger Angelegenheit nur in einer Parteiverammlung oder im Gewerkschaftskartelle Rede stehen. Es sei aber eine bedauerliche Thatsache, daß nicht nur in Leipzig, sondern überall zwischen den Buchdruckern und der Partei ein Zwiespalt bestände. Er schlage vor, für jetzt von einer Besprechung der Leipziger Angelegenheit abzusehen und dieselbe für eine ruhigere Zeit aufzubewahren. — Nach einer Erklärung für Thiele, daß die Einladung an die Redaktion hauptsächlich aus dem Grunde ergangen, um derselben auch einmal Gelegenheit zu einer Belehrung aus Buchdruckerkreisen zu geben, knüpfte Kollege Eichler an den uns erteilten Rat des Abwartens auf ruhigere Zeiten an. Mit dieser Ruhe, wie sie Thiele herbeiwünsche, sei wohl die Ruhe des Friedhofes für die Buchdrucker gemeint. So lange dem Verbands nicht sein volles Recht geworden, müsse jede Gelegenheit, möge sie sich bieten wo sie wolle, beim Schopfe genommen werden. Nicht zum zweitenmale wollten wir ruhig zusehen, wie der Parteivorstand mit Broschüren gegen uns zu Felde zieht. Der Vorwurf, daß wir annehmbare Einigungsvorschläge abgelehnt, treffe uns nicht. Ein Eingehen auf die letzteren wäre nur dann möglich gewesen, wenn wir die Ueberzeugung von einer lokalen Durchführung seitens der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung gehabt hätten. Nach allen bisher gemachten Erfahrungen und den Ausschüchten, welche man von jener Seite unserer diesbezüglichen Aufforderung zu einer Erklärung entgegensetzte, sei aber hierauf nicht zu rechnen gewesen. Dem Parteivorstande könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß er eine Mißwirtschaft, wie sie in Leipzig eingetreten, schon viel zu lange gebuldet habe. Wenn von den Gewerkschaften verlangt werde, daß sie die Beschlüsse der Partei respektieren sollen, so hätten auch die Gewerkschaften ein unbefreitbares Recht darauf, das gleiche von der Partei in Bezug auf ihre Beschlüsse zu erwarten. Eichler wandte sich dann mit der Frage an Thiele, weshalb man nicht konsequent sei und gegen andere Gewerkschaften in gleicher Weise wie gegen die Buchdrucker vorgehe? Bei dieser direkten Anrede Eichlers erhob sich Thiele von seinem Platze — aber nicht um Antwort zu stehen, sondern — um unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung und unter den Rufen: „Feigling, Flucht!“ das Vokal zu ver-laffen, damit den Beweis erbringend, daß er wohl im stande, auf dem geduldbigen Papiere gegen die Verbandsbuchdrucker kühn zu Felde zu ziehen, aber die günstige Gelegenheit verschmäht, denselben persönlich das Wertvolle ihrer Handlungsweise vor Augen zu führen. Aber sollte sich Thiele in der fatalen Lage befinden haben, wie sie der Spottdichter Heine in folgendem Verslein so trefflich schildert:

Hier ist Rhodus — komm und zeige  
Deine Kunst, hier wird getauzt!  
Ober trolle dich und schweige,  
Wenn du heut nicht tanzen kannst.

Kollege Eichler (in seiner Rede fortsetzend): In einer derartigen Weise gegen die anderen Arbeiter vorzugehen, getraue man sich aber nicht. Es sei deshalb hohe Zeit, daß auch wir uns ganz energisch gegen Unterstellungen verwehren, wie sie auch jetzt wieder der Abgeordnete Auer uns in einer Broschüre macht, welche derselbe im Auftrage des Parteivorstandes verfaßt und welche durch die Parteiblätter zur Verbreitung gebracht werden soll. Aus dieser Broschüre sei außerdem klipp und klar zu ersehen, daß die Selbständigkeit der Gewerkschaften eingedämmt werden solle, damit neben dem Parteivorstande nicht noch ein zweiter Generalkab existiere, und während man scheinbar nur gegen die Buchdrucker als in einer in sich gegestigten Gewerkschaft loszuziehen, sei dieser Angriff doch eigentlich gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung gerichtet. Das gehe auch zur Genüge aus einer von Partei wegen der Generalkommission vorgeschriebenen Marschroute hervor. Aber gerade die Partei habe ein Interesse daran, daß die hinter ihr stehenden Gewerkschaften nicht nur numerisch stark, sondern auch zahlungsfähig seien, und diese beiden Eigenschaften dürfe der Buchdruckerverband für sich in Anspruch nehmen, wie sich aus diesbezüglichen Statistiken mit Leichtigkeit nachweisen lasse. Wie die Buchdrucker selbst, so habe man auch Herrn v. Elm mit dem Augenblicke gegen die Wand zu drücken versucht, als er für das Recht der ersten eintrat, und dieses Recht habe doch selbst vom Parteivorstande nicht vorgeleugnet werden können. Mit der Broschüre Auer's aber, welche auf die Masse dahin zu wirken berechnet sei, als hätten die Buchdrucker die gute Absicht des Parteivorstandes, in der Leipziger Angelegenheit einen annehmbaren Frieden herbeizuführen, mit Füßen getreten, sei der erste feindselige Schuß gegen uns gefallen. Aber auch unsere Munition sei noch nicht erschossen und deshalb möge sich der Parteivorstand hüten, mit einer Arbeiter-

schaft anzubinden, bei welcher er sich nur Niederlagen holen könne. — Kollege Engelbrecht bedauerte, daß Redakteur Thiele einer Aussprache aus dem Wege gegangen. Die Schreibweise des Halleischen Volksblattes zum Leipziger Konflikt werde charakterisiert durch die Bemerkung desselben zu einer Berichtigung des Verbandsvorsitzenden Döblin. Die von letzterem zurückgegebene Neufassung sei dann später als von ihm (Engelbrecht) oder Eickler gelegentlich der Leipziger Konferenz in Berlin gethan bezeichnet worden. Das treffe aber ebenfalls nicht zu; sie sei vielmehr eine absichtliche Unterschlebung, dadurch begangen, daß man einzelne Sätze eines Gespöches aus ihrem Zusammenhange herausgerissen und dieselben dann nach Belieben zugefügt habe. Wenn den Buchdruckern Vorwürfe darüber gemacht worden seien, daß Schönlank, welchen man als an der Entlassung der Verbände ganz unschuldig hinzustellen sucht, mit in die Affaire hineingezogen worden ist, so habe er darauf zu erwidern, daß genannter Herr an der betreffenden Parteiverammlung teilgenommen und den Beschluß gegen die Verbandsbuchdrucker mitgestimmt habe. Redner brachte sodann zur Sprache, daß zu gegebener Zeit Neufassungen aus der Partei heraus über die Leipziger Parteiverwaltung veröffentlicht werden würden. Recht sonderbar habe die Auslassung aus dem Munde Thieles berührt, daß in der Leipziger Angelegenheit erst Ruhe eintreten solle, bevor man in eine Besprechung über dieselbe eintreten möge. Hier ständen sich guter Rat und eigne That drastisch gegenüber. Nachdem von Verbandsseite die Erklärung abgegeben worden, daß der Kampf in der bisherigen Weise nicht weiter geführt werden solle, habe das Halleische Volksblatt denselben nach wie vor fortgesetzt. Daß aber nicht alle Parteiblätter wie das Halleische Volksblatt denken, gehe aus einer Kundgebung der Magdeburger Volkstimme hervor, welche den Verbandsbuchdruckern in der Leipziger Angelegenheit ihre volle Sympathie ausdrückt. Nachdem Redner dann noch an der Hand von Thatfachen den Beweis erbracht, daß der erste Schritt zu einer Verständigung von Verbandsseite aus gesehen, des fernern aber auch auf die Unannehmbarkeit des Gebotenen hingewiesen, sprach er den Wunsch aus, daß jeder einzelne dazu beitragen möge, über den Ausbruch des Konfliktes und über dessen fernern Verlauf möglichst Klarheit in die Kollegenchaft zu tragen. Wenn sich aber diese letztere ihr gesundes Urteil nicht trüben lasse und geschloffen jede verächtliche Verdächtigung und Bezeichnung zurückweist, so würden wir auch aus diesem uns aufgedrungenen Kampfe als Sieger hervorgehen. — Redakteur Weizmann drückte seine Zustimmung zu der Auffassung Thieles aus, daß die Redaktion nicht vor die Versammlung hätte geladen werden dürfen, weil dieselbe für ihre Schreibweise nur der Presskommission verantwortlich sei. Ebenso hält er die Anwesenheit der beiden Leipziger Kollegen in der Versammlung für einen Fehler. Im übrigen bedauerte er das Zerwürfniß zwischen der Partei und dem Buchdruckerverbande und machte dem letztern Vorwürfe darüber, daß er nicht auf den Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes eingegangen ist. Wenn, wie behauptet worden, seitens der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung ein Einhalten der Bedingungen gar nicht beabsichtigt gewesen sei, so hätten die Buchdrucker doch wenigstens den Versuch machen müssen. Hätten sie dann ihre Voraussetzungen bestätigt gefunden, so wäre es immer noch an der Zeit gewesen, in einen Kampf einzutreten, und dann wäre das moralische Recht auf ihrer Seite gewesen. Die Broschüre Kuers sei anfänglich und objektiv gehalten und zeichne sich dadurch vorteilhaft vor dem Korrespondenten aus, welcher in geschäftiger Weise persönliche Angelegenheiten der Öffentlichkeit übergeben habe. Man dürfe es nicht als seine Aufgabe betrachten, ein Zerwürfniß zwischen Gewerkschaft und Partei herbeizuführen. Wenn von Eickler gesagt worden sei, die Partei benötige kräftige Gewerkschaften, so sei das nicht zu bestreiten, daß aber die Gewerkschaften auf die Partei angewiesen sind, das sei ebenso wenig zu leugnen und habe sich erst gelegentlich der Zuchtbausvorlage recht deutlich gezeigt. Hier in Halle sei es übrigens eine tief zu beklagende Thatsache, daß die Buchdrucker ein nur minimales Interesse an der Partei und ihren Forderungen beizubringen, und das sei wohl auch des Nützlichsten Lösung, weshalb dieselben nicht die Sympathie der andern Arbeiterchaft besitzen. Die von Weizmann geübte Kritik an den Verbandsbuchdruckern und an Korrespondenten wurde von fast allen Rednern in ruhiger und sachlicher Weise widerlegt; nur ein Kollege glaubte die Halleischen Buchdrucker vor einem Einmischen in die Leipziger Angelegenheit warnen zu müssen, um zu verhüten, daß sich hier in Halle ein Nachspiel zu dem Leipziger Kampfe zwischen Buchdruckern und Partei aufrole. — Nicht die Buchdrucker wollen diesen Kampf; wenn sie aber gegen Unterschleibungen — mögen dieselben aus Unkenntnis oder mit Vorbedacht begangen werden — ganz nachdrücklich protestieren, so verteidigen sie damit nur ihr gutes Recht. Wie es übrigens mit dem Gerechtigkeitsgefühl seitens der hiesigen Partei bestellt ist, geht aus der Neufassung eines hervorragenden Repräsentanten derselben gelegentlich eines früheren Konfliktes hervor, in welcher dieser wörtlich sagte: „Die Buchdrucker waren in ihrem Recht, durften aber kein Recht erhalten!“ Diese paar Worte kennzeichnen den Standpunkt der Partei gegenüber den Buchdruckern zur Genüge. — Auf Grund der hier gemachten Erfahrungen war es denn auch den nachfolgenden Rednern leicht möglich, die Ausführungen Weizmanns auf ihre Undurchführbarkeit hin zu beleuchten. Es gelangten dann seitens der Versammlung folgende Resolutionen zur An-

nahme: 1. „Der Vorstand wird ersucht, als Antwort auf die Broschüre des Parteivorstandes eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Broschüre herauszugeben und vor allem den Parteiblättern beizulegen, welche ergriffen die Broschüre verbreiteten.“ — 2. Die Halleische Bezirksversammlung vom 17. Februar ersieht aus dem Leipziger Konflikt zu wiederholten Malen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um die ihr klare Recht verteidigenden Buchdrucker zu Falle zu bringen. Sie spricht den Ausständigen der Leipziger Volkszeitung ihre vollste Sympathie aus, insbesondere dem Kollegen Bogentz für sein mannhaftes Eintreten; für die dortigen Streikbrecher hat sie nur das Gefühl der Verachtung übrig. Das Halleische Volksblatt aber sollte bedenken, daß es nicht zum Mittel werde zur Beugung des Rechtes, und weiter, daß seine Schreibweise keineswegs geeignet ist, die Einigkeit der übrigen Arbeiter mit den Buchdruckern zu fördern. — Die Haltung des Corr. in dieser Frage wird voll und ganz gut geheißen. Ueber das Verhalten des Redakteurs Thiele aber, welcher, nachdem er eine Arbeiterkategorie in der heftigsten Weise angegriffen, sich durch Entfernung aus der Versammlung jeder Verantwortung dieser gegenüber entzieht, spricht dieselbe ihre tiefste Entrüstung aus.“

st. Ref. Am 27. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine diesjährige, von 72 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Das verlossene Vereinsjahr kann als ein ruhiges bezeichnet werden, da, abgesehen von kleineren, bald beigelegten Reibereien, Tarifstreikigkeiten nicht zu verzeichnen waren. Im Laufe des Jahres sind neun Monatsversammlungen, eine ordentliche und eine außerordentliche sowie sechzehn Vorstandssitzungen abgehalten worden. Die Versammlungen waren bei einem Mitgliederstande von 160 im Durchschnitt von 51 Mitgliedern besucht. Der bisherige Vorstand wurde mit Ausnahme des Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte und an dessen Stelle Kollege Prütter trat, wiedergewählt. Des schlichten Standes der Ortskasse wegen mußte der Beitrag um 5 Pf. erhöht werden, so daß derselbe jetzt 1,65 Mk. pro Woche beträgt. Durch den Tod wurden uns entzissen die Kollegen Robert Grell und Albert Morgenstern. Vergnügungen fanden statt am 23. und 24. Juni die Gutenberg-Festfeier und am Sonntag nach Weihnachten das Weihnachtsfest. Die Arrangements zu den Festlichkeiten wurden dem Gesangsverein Guttenberg von 1898 übertragen.

### Kundschau.

In Frauenfeld (Schweiz) sind unsere Kollegen der dortigen Vereinsbuchdruckerei am Montag den 25. Februar, früh 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Streik eingetreten, nachdem seitens einer Mittelsperson (wie gewöhnlich), welche aus gekränktem Ehrgeiz der Organisation den Rücken gekehrt, die organisierten Geiseln systematisch diskantiert worden waren. Verjude der beteiligten Kollegen sowie des Zentralkomitees des Typographenbundes, die schwebenden Differenzen zu beseitigen, scheiterten an der Hartnäckigkeit des Geschäftsleiters, Seeliger und Redakteur Hagen, der nun eben auf die Marke N.B. verfallen ist. Inzwischen haben allenthalben zusammengelesene Beiringer und Streikbrecher die Ehre, das sozialpolitisch geschriebene Frauenfelder Tageblatt herzustellen.

Presse. Das Reichsgericht hat die Revision gegen das Urteil des Berliner Landgerichtes, durch welches der Redakteur der Welt am Montag zu 150 Mk Geldstrafe verurteilt wurde, zurückgewiesen. Der Redakteur nahm einen Weitartritt erst dann an, als sich der Verfasser desselben bereit erklärte, für denselben verantwortlich zu zeichnen, wurde aber gleichwohl, neben dem Verfasser, als verantwortlich verurteilt. Das Reichsgericht findet die Zeichnung zwar als ein notwendiges Begriffsmerkmal für die Feststellung, wer verantwortlicher Redakteur sei, dies genüge aber für sich allein nicht, der Betreffende müsse außerdem auch wirklich der verantwortliche Redakteur sein. — Der Buchdruckereibesitzer und Redakteur des Elb- und Saalhalboten, Herr Benno Ernst in Harby, veröffentlichte in diesem Blatte einen Artikel mit der Ueberschrift „Die Intriguen in der Magdeburger Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft“, nachdem ihm die Druckarbeiten für die Genossenschaft, angeblich weil sie bei ihm zu teuer seien, entzogen worden waren. Der damalige Vorsitzende der Genossenschaft, der Urheber der Entziehung der Druckarbeiten, schloß sich durch den Artikel beleidigt und so kam es zur Klage, die mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Monate Gefängnis endete. — Die Schwab. Tagewacht kritisierte die Verhältnisse einer königl. Wagenwerkstatt in Gannstatt; sie wurde zu 50 Mk. wegen Beleidigung eines Vorarbeiters verurteilt. 40 Mk. zahlt die Dresdener Rundschau wegen Beleidigung des Branddirektors.

Die Kunst- und Verlagsanstalt A.-G. vorm. Müller & Vohse in Dresden erzielte im Jahre 1900 einen Reingewinn von 112270 Mk. und zahlt ihren Aktionären 12 Proz. Dividende.

Der Steinkohlenbauverein in Gersdorf bei Chemnitz hat trotz eines Minus der Förderung von 50792 Hektoliter gegen das Vorjahr im Jahre 1900 bei 695 Arbeitern einen Bruttogewinn von 918857 Mk. erzielt, wovon 111664 Mk. zu Abschreibungen verwendet wurden. Nach Abzug der Einlage für den Reservefonds, der Kantien und Gratifikationen verblieben als Dividende 697385 Mk. Die Inhaber von Prioritätsaktien erhalten 31 $\frac{1}{2}$  bez. 30 Proz., die der Stammaktien 20 Proz. Diese Biffern beweisen, wie notwendig es war, wegen einer

geringfügigen Lohnerhöhung es zum Streik kommen zu lassen.

Der Vertreter des Stahlwertes Hösch beklagte seine Mißachtung der Befehle vor dem Gewerbegericht in Dortmund und dadurch, daß er drohte, 2000 Arbeiter entlassen zu wollen, wenn der Paragraph der Fabrikordnung, wonach der Firma das Recht zusteht, Arbeiter zu entlassen und eine Woche Lohn einzubehalten, wenn der Arbeiter zwei Tage im Monat feiert, nicht genehmigt werde. Dahingegen kam der Arbeiter nur aufhören zu arbeiten, wenn die Firma zwei oder drei Feiertagen in vierzehn Tagen einlegt. Da die Gewerbeordnung (Paragraph 122) nur beiderseitige gleiche Aufkündigung zuläßt, so ist der Paragraph der Fabrikordnung gesetzlich unzulässig.

In Krumm bad wurden 20 Brauereibesitzer bzw. Direktoren wegen Nahrungsmittelfälschung im Zusammenhang mit einem Vergehen gegen das Maßgeschlagsgesetz zu Geldstrafen von 180 bis 800 Mk. verurteilt, vier Kaufleute, welche den Farbstoff geliefert, zu 50 bis 200 Mk.

Ein seit Weihnachten unverschuldet arbeitslos gewesener Familienvater erhielt zu seiner Freude infolge des starken Schneefalles Beschäftigung bei der Straßeneinreingung. Am ersten Jahstage gab man ihm an Stelle des verdienten Wochenlohnes von etwa 16 Mk. — 48 Pf. Der Rest war für rückständige Steuern abgezogen worden! Das soll in Dresden passiert sein.

Das Gewerbegericht in Nachen sprach einem in einer Fabrik angestellten Meister, der nach seiner Entlassung die Firma auf Bezahlung von etwa 200 Ueberstunden à 60 Pf. verklagte, den verlangten Betrag zu. Bisher war man allgemein der Ansicht, daß Fabrikmeistern, die im festen Gehalte stehen, Ueberstunden nicht zu bezahlen seien.

Die Zwangsinnung der Schlichter in Kalkstein (Schleswig-Holstein) beschloß ihre Auflösung. Die dortigen Bäcker und Bauhandwerker haben dies bereits früher gethan.

In Deutschland bestehen zur Zeit 432 ärztliche Vereine mit 26863 Mitgliedern, wovon auf den Ärztevereinsbund allein 142 Vereine und 10170 Mitglieder entfallen. 3000 Ärzte gehören überhaupt keiner Vereinigung an. Auf den deutschen Universitäten sind gegenwärtig 8000 Mediziner immatrikuliert, welcher ansehnliche Zuwachs den ohnehin über zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage beweglich klagenden Ärzten natürlich nichts weniger als angenehm ist.

Dem das erste Dezzennium am 31. Dezember beendenden Vereine der frei gewählten Kassenärzte zu Berlin gehören jetzt 1476 Mitglieder an, wovon 29 Proz. Spezialärzte. Daß die Eigenschaft als Kassenarzt kein Odium bedeutet, beweist die Zugehörigkeit von 45 gewöhnlichen und 8 Geheimen Sanitätsräten, 3 Oberstabsärzten a. D., 10 Privatdozenten und 25 Professoren, darunter 4 mit dem Titel Geheimen Medizinalrath.

Die von Breslauer Konsumverein eingereichte Klagen haben eine Genossenschaft geründet.

Die zweite heftigste Kammer eruchte die Regierung, den Ständen halbwegs eine statistische Zusammenstellung über die wirtschaftliche Lage der im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter, insbesondere über deren Lohnverhältnisse, zugehen zu lassen und sprach hierbei den Wunsch aus, daß auch den im Staatsdienste beschäftigten Arbeitern das Recht freier politischer Meinungsäußerungen und Koalitionsfreiheit gewährt und beides praktisch gehandhabt werde. Der betreffende Antrag wurde leider nur mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen.

Der Maurerstreik in Halle a. S. dauert nun schon 17 Wochen und dabei handelt es sich beinahe nicht um irgendwelche Forderungen, sondern um Abwehr einer Lohnkürzung, welche den getroffenen Vereinbarungen zuwiderläuft. Daß die Unternehmer um jeden Preis die Arbeiter unterjochen wollen, zeigt der Beschluß derselben, wonach jeder Unternehmer, der einen Maurer aus Halle einstellt, 1000 Mk. Konventionalstrafe zahlen soll. Der Formestreik in einer Eisgießerei in Merseburg endete durch Bewilligung der gestellten Forderungen. Ein Ueberstreik in einer Holzbearbeitungsfabrik in Spandau wurde aufgegeben, da die eingetroffenen Streikbrecher denselben als aussichtslos erscheinen ließen. Von den 49 Ausständigen verzichteten 46 freiwillig auf ihre Wiedereinstellung.

Die Hafenarbeiter in Marzelle traten in eine neue Ausständsbewegung. Sie fordern den Achtstundentag und gleiche Behandlung der fremden und einheimischen Arbeiter. An dem Ausstände sollen 5000 Mann beteiligt sein. — In der Waggonfabrik Vulkan in Maribo (Dänemark), wo die Maler seit längerer Zeit streikten, wurden jetzt sämtliche organisierten Arbeiter ausgesperrt.

Ein Dekret des Ministers für öffentliche Arbeiten in Frankreich ordnet die Bildung von Arbeitsräten innerhalb der Betriebe der Staatsbahnen, nach dem Muster der in der Industrie bestehenden, an. Die Aufgabe derselben besteht in der Ueberwachung der Befehle und Verordnungen, welche die Regelung der Arbeitszeit, der Pausen usw. betreffen. Das Wahlrecht bedingt eine sechsmonatige Dienstzeit. Den Vorsitz im Arbeitsrate führt der Ingenieur. Mindestens einmal halbjährlich hat eine Sitzung stattzufinden. Der Bereich der Arbeitsräte erstreckt sich auf Lokomotivführer, Feizer, Zugpersonal, Stationsbeamte und Arbeiter, Streckenarbeiter und die Arbeiter der Betriebswerkstätten.

In englischer Unterhause wurde der Achtstundentag für Bergarbeiter in zweiter Lesung mit 212 gegen 199 Stimmen angenommen.

